

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Inhaltsverzeichnis

1.	Auftraggeberin Berufsgenossenschaft Holz und Metall.....	2
2.	Angaben zum Vergabeverfahren.....	2
2.1	Vergabeart	5
2.2	Prüfung und Behandlung der Vergabeunterlagen.....	5
2.3	Einreichung des Angebots.....	5
2.4	Hinweise zur Angebotsabgabe	6
2.5	Bietergemeinschaften / Unterauftragnehmer.....	7
2.6	Fristen.....	8
3.	Eignung der Bieter	9
4	Bewertung der Angebote.....	10
4.1	Ablauf der Bewertung der Angebote	10
4.2	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots.....	10

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

1. Auftraggeberin Berufsgenossenschaft Holz und Metall

Die Berufsgenossenschaft Holz und Metall (BGHM) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Ihre gesetzlich übertragenen Aufgaben führt sie in eigener Verantwortung unter staatlicher Aufsicht durch. Als gesetzliche Unfallversicherung ist die BGHM Teil des deutschen Sozialversicherungssystems und zuständig für Unternehmen der Holz- und Metallbranche.

Die Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren ist die zentrale Aufgabe der BGHM. Im Schadensfall sorgt die BGHM für die bestmögliche medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation sowie für angemessene Entschädigung. Diese Leistungen werden eng miteinander verknüpft aus einer Hand angeboten.

Die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung für den gesamten Wirtschaftsbereich innerhalb Deutschlands sind die gewerblichen Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften sind nach Branchen gegliedert. Die BGHM ist einer der größten Träger der gesetzlichen Unfallversicherung in Deutschland und übernimmt den Versicherungsschutz für rund 5 Millionen Beschäftigte in den rund 253.000 Unternehmen der Branchen Holz und Metall.

2. Angaben zum Vergabeverfahren

Die BGHM befindet sich auf dem Weg der Elektrifizierung des Fuhrparks. Nach der Einrichtung von Ladepunkten an Pilot-Standorten der BGHM erfolgt derzeit die flächendeckende Ausstattung der BGHM-Standorte mit eigener Ladeinfrastruktur. Bisweilen werden alle Fahrer von dienstlichen Hybrid- oder vollelektrischen Fahrzeugen mit Tankkarten ausgestattet, sodass sie an öffentlichen Ladestationen ihre Autos laden können.

Allerdings gibt es verschiedene Mitarbeitergruppen bei der BGHM, welche ihren Dienst primär von zu Hause antreten, weil sie z.B. im Außendienst tätig sind, und dort wohnortnah keine öffentliche Ladestation vorfinden. Für diese Beschäftigten kommen die Lademöglichkeiten an den BGHM-Standorten selten in Betracht. Vor diesem Hintergrund möchte die BGHM ihren Beschäftigten mit Dienstwagen die Möglichkeit bieten, sich die Stromauslagen für Ladevorgänge an der eigenen Wallbox zu Hause, sofern diese vorhanden ist, erstatten zu lassen.

Dazu sollen sogenannte intelligente Ladekabel zum Einsatz kommen, welche eine einfache Erfassung und rechtssichere Abrechnung von Ladevorgängen an gängigen Wallboxen bzw. an Systemen, die auf den Typ2-Standard setzen, ermöglichen – ohne Eingriff in die bestehende Ladeinfrastruktur. Der Vorteil dieser Ladekabel ist des Weiteren, dass ein Ladekabel an einen anderen S-PKW-Fahrer weitergegeben werden kann, falls ersterer aus der BGHM ausscheidet oder seinen Dienstwagen abgibt.

Ziel dieses Vergabeverfahrens ist es, einen ganzheitlichen Lösungsanbieter zu finden, welcher

- diese intelligenten Ladekabel mit geeichtem Messzähler liefert,

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

- wobei die Ladekabel für alle gängigen Wallboxen kompatibel sein sollen, d.h. Wallboxen mit Typ2-Buchse oder Wallboxen mit angeschlagenem Typ2-Kabel (ggf. sind verschiedene Modelle / Varianten anzubieten),
- vor Auslieferung müssen die Kabel eine DGUV-V3 Prüfung nachweislich bestanden haben,
- eine entsprechende Software / App zur Verfügung stellt, über welche die Auslagenersatzbelege von den Beschäftigten erstellt werden und im Anschluss von der abrechnenden Stelle der BGHM eingesehen werden können,
- die regelmäßige DGUV-V3-Prüfung der Ladekabel durchführt und
- diese Leistungen über die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stellt.

Auftraggeberin der Vergabemaßnahme

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz

Vergabestelle

Berufsgenossenschaft Holz und Metall
Vergabestelle
Isaac-Fulda-Allee 18
55124 Mainz

E-Mail: vergabestelle@bghm.de

Hinweis: Bitte beachten Sie, dass die oben genannte E-Mail Adresse lediglich dem Informationsaustausch für laufende Vergabeverfahren dient. Eine Weitergabe der Adresse an Dritte, sowie die Eintragung für Newsletter, Werbe- und Informationsverteiler ist ausdrücklich **NICHT gestattet**. Alle E-Mails dieser Art werden als Spam gekennzeichnet, was dazu führen kann, dass legitime Nachrichten Ihres Unternehmens uns nicht mehr erreichen können!

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Ansprechperson

Anfragen zum Vergabeverfahren einschließlich Bieterfragen sind bevorzugt (vorrangig) über die Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal

<https://dtvp.de>

mitzuteilen.

Aus Gründen der Gleichbehandlung werden Anfragen grundsätzlich nur **schriftlich** – und nicht telefonisch – beantwortet. Es werden keine Auskünfte zum Stand des Verfahrens erteilt. Die Kommunikation erfolgt für das gesamte Vergabeverfahren in deutscher Sprache.

Alle gestellten Bieterfragen und Antworten werden zu Ihrer Kenntnis auf der Vergabeplattform des Deutschen Vergabeportals

<https://dtvp.de>

veröffentlicht.

Die Vergabeunterlagen, ergänzende oder berichtigende Angaben sowie Bieterfragen werden ebenfalls an dieser Stelle veröffentlicht. Sie gelten ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe als Bestandteil der Vergabeunterlagen.

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

2.1 Vergabeart

Diese Ausschreibung erfolgt als Offenes Verfahren nach der Vergabeverordnung (VgV).

Neben den rechtlichen Regelungen der VgV gelten grundsätzlich die übergeordneten Rechtsvorschriften des GWB (IV. Teil) in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

2.2 Prüfung und Behandlung der Vergabeunterlagen

Die Bieter prüfen die Vergabeunterlagen auf Vollständigkeit und Stimmigkeit. Bei festgestellten Fehlern oder Unklarheiten haben die Bieter die Vergabestelle schriftlich vor Ablauf der Angebotsfrist über die Beanstandungen zu informieren.

Die Unterlagen sind grundsätzlich vertraulich zu behandeln und dürfen nur im Zusammenhang mit dieser Ausschreibung verwendet werden. Jede andere Verwendung, Weitergabe oder Veröffentlichung ohne eine ausdrückliche Genehmigung der Vergabestelle ist nicht gestattet.

Änderungen oder Ergänzungen dürfen an den Vergabeunterlagen nicht vorgenommen werden. Dies gilt insbesondere für die Formblätter der Anlagen, die Bestandteil der einzureichenden Unterlagen sind. Änderungen oder Ergänzungen führen zum Ausschluss des Bieters.

In den Formblättern sollen lediglich die geforderten Eintragungen durch den Bieter vorgenommen werden. Änderungen eigener Eintragungen, die der Bieter in den Unterlagen vornimmt, müssen als solche erkennbar und dokumentenecht sein.

2.3 Einreichung des Angebots

Die Einreichung des Angebots muss nach § 53 Abs. 1 VgV elektronisch erfolgen. Die Abgabe der Angebote ist daher nur über die e-Vergabeplattform Deutsches Vergabeportal unter

<https://dtvp.de>

möglich.

Eine Einreichung des Angebots per E-Mail ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss des Angebots.

Angebote, die nicht den vorgenannten Anforderungen entsprechen oder nach dem Angebotschlussstermin eingehen, werden nicht berücksichtigt (§ 57 Abs.1 VgV).

Berichtigungen und Änderungen zu bereits eingereichten Angeboten können bis zum Abgabetermin vorgenommen werden. Sie müssen analog zu den oben gemachten Vorgaben erfolgen.

Aufbau des Angebots und einzureichende Nachweise sind dem Angebotsformblatt (**Dokument 05 der Vergabeunterlagen**) zu entnehmen.

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

2.4 Hinweise zur Angebotsabgabe

Allgemeine Geschäftsbedingungen und sonstige Vertragsbedingungen des Bieters sind nicht zugelassen. Dies gilt auch, sofern der Auftragnehmer nach Vertragsschluss etwa im Rahmen der Korrespondenz mit der Auftraggeberin auf Allgemeine Geschäftsbedingungen verweist oder diese beilegt. Werden sie dennoch als Bestandteil der Angebotsunterlagen eingereicht, so kann dies zum Ausschluss des Bieters vom Verfahren führen.

Verweise auf beigefügte Anlagen oder Webseiten ersetzen nicht die vollständige Bearbeitung der Vordrucke. Insbesondere ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, die geforderten Angaben aus beigefügten Anlagen des Bieters eigenständig herauszusuchen.

Nebenangebote werden nicht zugelassen und führen zum Ausschluss vom Verfahren.

Für die Erstellung des Angebotes und die Beteiligung im Vergabeverfahren wird keine Vergütung gewährt. Mit Abgabe eines Angebotes verzichten die Bieter ausdrücklich auf die Geltendmachung entstandener sowie evtl. entstehender Kosten.

Die Rückgabe der Angebotsunterlagen ist nicht vorgesehen.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

Einzelne Unterlagen können nach dem Angebotsschlussstermin von der Vergabestelle mit Fristsetzung nachträglich angefordert werden. (siehe Dokument 05 – Angebotsformblatt). Sollte der Bieter die Unterlagen dann nicht vorlegen, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.

Die Vergabestelle behält sich unter den Voraussetzungen des § 63 VgV die Aufhebung des Vergabeverfahrens vor. Den Bieterinnen werden in diesem Fall die Gründe für die Entscheidung mitgeteilt.

Wichtiger Hinweis:

Bei Unklarheiten hat sich der Bieter vor Abgabe des Angebotes über alle zur Kalkulation notwendigen Voraussetzungen vollständig zu unterrichten und Unklarheiten mit der Auftraggeberin zu klären. Spätere Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

2.5 Bietergemeinschaften / Unterauftragnehmer

Angebote von **Bietergemeinschaften** und anderen gemeinschaftlichen Bietern, deren sämtliche Mitglieder mit Namen und Anschrift zu benennen sind, finden nur Berücksichtigung, wenn

- im Angebot ein Mitglied als bevollmächtigter Vertreter für die Durchführung des Vertrages benannt ist,
- sich die Mitglieder der Bietergemeinschaft für alle im Zusammenhang mit dem Vertrag entstehenden Verbindlichkeiten zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten,
- und diese Punkte durch eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft im Original unterschriebene, gesonderte Erklärung (**Dokument 09 – Bietergemeinschaft**) bestätigt werden.

Sofern im Rahmen der Angebotserstellung Unterschriften gefordert sind, müssen diese von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft geleistet werden.

Zur Vereinfachung kann der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter durch die Erklärung der Bietergemeinschaft zusätzlich ermächtigt werden, die im Rahmen der Angebotserstellung zu leistenden Unterschriften für die gemeinschaftlich bietenden Unternehmen zu leisten. Diese Ermächtigung ist ausdrücklich in der o.g. Erklärung zu erteilen.

Ferner muss der Auftraggeberin durch eine Verpflichtungserklärung der an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen nachgewiesen werden, dass die erforderlichen Mittel bei der Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen.

Die erforderlichen Nachweise sind kumulativ einzureichen und die Eignungsmerkmale müssen bei demjenigen Unternehmen vorhanden sein, unter deren Verantwortung die angebotene Leistung ausgeführt werden soll. Hinsichtlich der Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB (Dokumente 06 der Vergabeunterlagen) ist dieses von jedem Teil der Bietergemeinschaft einzureichen. (§ 43 Abs. 2 VgV). Eine gleichzeitige Angebotsabgabe als einzelner Bieter und als Mitglied einer Bietergemeinschaft kann zum Ausschluss führen.

Bei Zuschlagserteilung ist der Bieter alleiniger Vertragspartner; er ist für die angebotenen Leistungen allein verantwortlich.

Verpflichtet der Bieter für die Leistungserbringung **Unterauftragnehmer**, so sind diese im Angebot mit den zu leistenden Aufgaben aufzuführen (**Dokument 08 – Unterauftragnehmer**). Der Generalunternehmer hat bei der Übertragung von Teilen der Leistung den Unterauftragnehmer der Auftraggeberin zu benennen. Dem Unterauftragnehmer sind insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen zu stellen, als zwischen Auftragnehmer und Auftraggeberin vereinbart sind.

Alle entsprechenden Unterlagen sind vor Zuschlagsentscheidung auf Aufforderung der Vergabestelle hin auch für den/die Unterauftragnehmer abzugeben.

Gleiches gilt für den Fall der **Eignungsleihe** nach § 47 VgV oder falls Unterauftragnehmer eingesetzt werden und hierüber die Anforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit nach §§ 44 ff VgV erbracht werden sollen.

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

Sollte für einen Unterauftragnehmer die Eignung nicht festgestellt werden können, liegen Ausschlussgründe vor oder kann der Bieter den Nachweis nicht erbringen, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unterauftragnehmers zur Verfügung stehen, wird die Zustimmung zum Einsatz dieses Unterauftragnehmers von der Auftraggeberin nicht erteilt.

2.6 Fristen

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden, ansonsten ist der Antrag zulässig. Sind mehr als 15 Kalendertage nach der Mitteilung der Auftraggeberin, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen, ist ein Antrag ebenfalls unzulässig (§ 160 Abs. 3 GWB).

Schlusstermin für den Eingang der Angebote:

30.06.2026, 10:00 Uhr.

Maßgeblich ist der Eingang bei der ausschreibenden Stelle. In diesem Zusammenhang sind die Zustellzeiten des jeweiligen Dienstleisters zu berücksichtigen.

Angebote, die bis zu diesem Termin nicht vorliegen, werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bieter weist im Falle des verspäteten Eingangs nach, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat (vergleiche § 57 Absatz 1 VgV).

Bindefrist des Angebots:

3 Monate ab dem Schlusstermin.

Für die Vergabestelle besteht keine Verpflichtung nach dem

22.06.2026, 12:00 Uhr,

eingehende Fragen zu beantworten.

02 Bewerbungsbedingungen

Ihre gesetzliche Unfallversicherung

3. Eignung der Bieter

Der Auftrag wird nur an jene Bieter vergeben, die für die Erfüllung der Aufgabenstellung geeignet sind. Zur Prüfung der Eignung eines Unternehmens dürfen von Auftraggebern Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit gefordert werden.

Nach § 123 GWB kann der Auftraggeber unzuverlässige Bieter vom Vergabeverfahren ausschließen. Als Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB ist dem Angebot das unterschriebene **Dokument 06 – Eignungs-erklärung** beizufügen.

Nach § 45 Abs. 1 VgV kann der öffentliche Auftraggeber im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bewerber oder Bieter Anforderungen stellen, die sicherstellen, dass die Bewerber oder Bieter über die erforderlichen wirtschaftlichen und finanziellen Kapazitäten für die Ausführung des Auftrags verfügen. Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit müssen die entsprechenden Angaben im **Dokument 07 – Eignung** sowie die im **Dokument 05 – Angebotsformblatt** aufgelisteten Nachweise abgegeben werden.

Im Rahmen der Zuschlagsentscheidung wird die Auftraggeberin die jeweils entsprechende Wettbewerbsregistrauskunft anfordern (§ 19 Abs.3 MiLoG).

Hinweise zu den geforderten Nachweisen

Unterlagen, für die die Möglichkeit der Nachforderung durch die Vergabestelle bestehen, sind dem **Dokument 05 – Angebotsformblatt** zu entnehmen.

Nach § 48 Abs. 8 VgV werden Eignungsnachweise, die durch ein **Präqualifizierungsverfahren** erworben wurden, zugelassen. Dazu ist das Zertifikat als Kopie einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass in diesem Vergabeverfahren eine **Präqualifizierung** die geforderten Nachweise zur Zuverlässigkeit ersetzen kann, sofern es diese umfasst.

Werden nicht alle gelb markierten Felder im Preisblatt ausgefüllt, wird der Bieter vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

4 Bewertung der Angebote

4.1 Ablauf der Bewertung der Angebote

Die Bewertung erfolgt bei diesem Vergabeverfahren anhand von Bewertungspunkten und Angebotspreis.

Die Wertung der Angebote findet in 2 Schritten mit folgenden Stufen statt:

- **Schritt 1:**
 - Stufe 1: Prüfung, Entscheidung und ggf. Ausschluss von Angeboten bei Bestehen von zwingenden oder fakultativen Ausschlussgründen
 - Stufe 2: Prüfung und Bewertung der Eignung der Bieter
 - Stufe 3: Ausschluss ungeeigneter Bieter / Angebote
 - Stufe 4: Aufforderung der 3 günstigsten Bieter zur Teststellung durch Einreichen eines Muster nebst Testzugang zur Software / App. Bei Preisgleichheit entscheidet das Los.
- **Schritt 2:**
 - Stufe 1: Bewertung des eingereichten Musters nebst Testzugang zur Software / App (Leistungsbewertung) und Aussonderung der Angebote, die die Anforderungen an die Leistung (Ausschlusskriterien / Anforderungskriterien) nicht erfüllen
 - Stufe 2: Gewichtung Preisangaben (30%) und Bewertungskriterien (70%)
 - Stufe 3: Prüfung, ggf. Aufklärung und Bewertung, ob ein offenkundiges Missverhältnis zwischen Preis und Leistung besteht
 - Stufe 4: Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

4.2 Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots

Die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt, bei Erfüllung aller Ausschluss- und Anforderungskriterien, über die Gewichtung von Preis (30 %) gemäß dem **Dokument 11 – Preisblatt** und Qualitätskriterien (70 %).